



Zürich, 04.12.2020

## **BCK MEDIENMITTEILUNG: Die «Salamipolitik» des Bundes gefährdet Barbetriebe in der Stadt Zürich in ihrer Existenz!**

Liebe Medienschaffende

Die Bar & Club Kommission hat Verständnis dafür, dass der Bund aufgrund der stagnierenden Covid-19 Ansteckungszahlen reagieren muss. Doch anstatt eine klare Ansage zu machen, Barbetriebe zu schliessen und wie in Deutschland zu entschädigen, entzieht man diesen mit immer weiterführenden Auflagen jegliche wirtschaftliche Basis.

Schon vor der heutigen Verschärfung der Massnahmen durch den Bund, erlitten die meisten Barbetriebe in der Stadt Zürich Umsatzeinbussen von mindestens 60%. Da nun keine Freunde mehr, die nicht im gleichen Haushalt leben, am gleichen Tisch sitzen sollten, wird der Umsatz weiter einbrechen. Der Personalaufwand für die Kontrollen wird zusätzlich weiter steigen. Schon mit 40% des Umsatzes lassen sich in der Stadt Zürich die Fix- und Personalkosten nicht decken, das heisst die meisten Barbetriebe verlieren aktuell mehr Geld, als das sie einnehmen. Die Gründe dafür liegen in der Polizeistunde, bei der sitzenden Konsumation, aber auch darin das viele Gäste wegbleiben, da sie verunsichert sind. Nicht verwunderlich, betont der Bundesrat ja bei jeder Gelegenheit, dass man möglichst auf soziale Kontakte verzichten und zu Hause bleiben soll.

Wieso der Bund nun nicht konsequent ist und Barbetriebe schliesst, stellt für uns ein Rätsel dar! Eine Schliessung würde in der aktuellen Situation die betriebliche Wirtschaftssicherung erleichtern, denn nur bei einer amtlich verordneten Schliessung ist ein Härtefall gegeben. Nur dann lassen sich Verhandlungen mit Vermietern über eine Mietzinsreduktion führen oder allenfalls eine Versicherungsdeckung beanspruchen. Härtefall-Unterstützung braucht es jetzt und nicht erst im Frühling, wieso ist dies in Deutschland möglich und nicht in der Schweiz?

Die schwierige Situation in welcher sich die Bars in der Stadt Zürich befanden, verschlechtert sich somit kontinuierlich. Für Unverständnis sorgen dabei nicht die Massnahmen, sondern die «Salamipolitik» des Bundes, welche Arbeitsplätze und die Existenz vieler Unternehmen gefährdet!

Weitere Auskunft erteilt: Alexander Bücheli, Mediensprecher +41 76 574 49 76